

## Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen



GEMEINSAM. SOZIAL. FÜR NRW.

## Prüfsteine zur Landtagswahl

Was eine gelungene oder eine verfehlte Sozialpolitik erreicht oder anrichtet, erfahren die Wohlfahrtsverbände täglich. Unter dem Motto „Gemeinsam. Sozial. Für NRW.“ fordern sie mit Wahlprüfsteinen die Parteien auf, zu drängenden sozialen Fragen in NRW Stellung zu beziehen.

Die künftige Landesregierung muss sich vielen grundsätzlichen Anforderungen, aber auch zahlreichen Aufgaben im Detail stellen, wenn die Lebensverhältnisse in unserem Land nachhaltig sozialer und gerechter gestaltet werden sollen“, sagte Andreas Johnsen, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) in NRW.

Mit einem umfangreichen Katalog aus sozialpolitischen Positionen und Forderungen wollen die Wohlfahrtsverbände zur Landtagswahl im Mai mit den politischen Parteien in einen konstruktiven Dialog treten. Die Wohlfahrtsverbände betonen darin den Wert der Vielfalt, den Vorrang der Initiative von unten und die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft.

### Priorität Armutsbekämpfung

Die Verbände registrieren die Sorgen vieler Bürger vor weiterem Flüchtlingsdruck angesichts globaler Machtverschiebungen. Auch Ängste, dass Land, Kommunen und freie Träger mit der Integration der vielen Geflüchteten überfordert sind, sprechen sie an. In sozial- und gesellschaftspolitischen Grundsätzen, die dem sozialpolitisch-fachlichen Forderungskatalog vorangestellt sind, betonen die Verbände daher Grundsätzliches: Es gelte, die Gesellschaft zusammenzuhalten und sie auf Basis durchgängig greifender sozialer Unterstützungs- und Hilfsangebote stark zu machen gegen Po-

**STELLEN DIE** Wahlprüfsteine der Öffentlichkeit vor (v. l.): Dr. Frank Joh. Hensel (Caritas), Andreas Johnsen (LAG-Vorsitzender/AWO) und Hermann Zaum (Der Paritätische)

Foto: Weber/LAG FW

pulisten und destruktive, radikale Kräfte. Die Armutsbekämpfung müsse zum wesentlichen Merkmal des sozialstaatlichen Handelns gemacht werden. Dadurch könne das schwindende Vertrauen in die Bindungskraft und die Leistungsfähigkeit der politischen und sozialen Institutionen wieder gestärkt werden. Eigenverantwortung des Einzelnen funktioniere nur dann, wenn gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit und die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe gewährleistet seien, heißt es.

### Minderheitenrechte anerkennen

Damit nehmen die Wohlfahrtsverbände explizit Bezug auf die Flüchtlings- und Sicherheitsdebatte. Hier gilt für die Freie Wohlfahrtspflege der uneingeschränkte Grundsatz, dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Schutz der unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte für alle Menschen gelten, die in diesem Land dauerhaft oder vorübergehend leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltsstatus. Gleichzeitig macht die Freie Wohlfahrtspflege deutlich, dass das Recht auf freie Ausübung der Religion auch dazu verpflichtet, die Grundrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die persönliche Unversehrtheit anderer zu respektieren und die Rechte von Minderheiten anzuerkennen.

In den 90 einzelnen „Wahlprüfsteinen“ geht es unter anderem um Bildungsgerechtigkeit, Integration, die Qualitätsverbesserung in der pflegerischen Versorgung, Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung oder auch die nachhaltige Förderung von Sucht- und Schuldnerberatungsstellen, Jugendsozialarbeit oder Arbeitslosenzentren. ↻

➔ **Kommentar auf S. 3**  
 🏠 [www.freie-wohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freie-wohlfahrtspflege-nrw.de)



**AUSGABE**  
**MÄRZ 2017**

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

🏠 [caritas-nrw.de/nachrichten](http://caritas-nrw.de/nachrichten)  
 📘 [facebook.de/caritas\\_in\\_NRW](https://facebook.de/caritas_in_NRW)  
 ✉ [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

## Es geht um die Kinder in der OGS

Die OGS-Kampagne der Freien Wohlfahrtspflege ist notwendig. Die Rahmenbedingungen für die OGS, die das Ministerium für Schule und Weiterbildung per Runderlass vorschreibt, sind unzureichend. Möglichst alle Offenen Ganztagschulen der LAG sollen mit dieser Kampagne auf ihre Problematik vor Ort aufmerksam machen, um eine grundlegende Verbesserung herbeizuführen.

Für die OGS liegen nach wie vor keine ausreichenden fachlichen Standards und keine gesetzlichen Regelungen vor. Obwohl die Landesregierung die Fördersätze für die Offene Ganztagschule 2016 erhöht hat, ist die Finanzierung der Angebote für die Träger nicht auskömmlich.

In vielen Offenen Ganztagschulen gibt es lange Wartelisten, da ein Ausbau nicht möglich ist. Es werden zu wenige ausgebildete Fachkräfte eingesetzt, weil die Finanzierung es nicht hergibt und weil das Land keine Standards vorschreibt. Einige Caritas-Träger mussten deswegen bereits ihre Angebote dichtmachen. Man kann und will fachliche Ansprüche nicht meilenweit unterschreiten.

Das ist umso bedauerlicher, weil Offene Ganztagschulen gerade auch für benachteiligte Kinder einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden und ganzheitlichen Förderung der Bildung, Erziehung und Betreuung leisten können. Mit dem Grundfestbetrag des Landes und einem festgelegten Eigenanteil der Kommune hängt die Qualität der Ganztagschulen letztendlich von den zusätzlichen finanziellen Leistungen der Kommunen bzw. Kreise ab.

Die Kampagne ist ein wichtiger politischer Schritt in die Öffentlichkeit. Das Ziel ist es, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Offenen Ganztag zu stärken. ◀

SIMONE SEGIN

✉ [S.Segin@caritas-paderborn.de](mailto:S.Segin@caritas-paderborn.de)

### STÄRKUNG DER OFFENEN GANZTAGSSCHULE

## Gute OGS darf keine Glückssache sein!

*Die Qualität der Ganztagschulen hängt vorrangig von den freiwilligen Leistungen der einzelnen Kommunen ab. Große regionale Ungleichheiten bei Finanzierung, Ausstattung und Qualität sind die Folge.*

Offene Ganztagschulen (OGS) sollen sowohl ein umfassendes und ganzheitliches Bildungs- und Erziehungsangebot als auch ein verlässliches Betreuungs- und Förderangebot für alle Schülerinnen und Schüler in NRW bieten. Etwa 80 Prozent der OGS werden von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege geführt. Weil sie die aktuellen Rahmenbedingungen für den Offenen Ganztag für den Anforderungen nicht entsprechend halten, haben die Wohlfahrtsverbände am 8. März eine Kampagne für einheitliche Standards und eine sichere Finanzierung gestartet.

„Damit die schlechte Finanzierung nicht immer mehr Träger vor die Wahl stellt, weniger Leistung anzubieten oder aus dem Offenen Ganztag aussteigen zu müssen, brauchen wir dringend bessere Rahmenbedingungen für dieses Bildungsangebot. Unsere Kinder müssen es uns wert sein“, sagt der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel.

In einem Positionspapier hat die LAG Freie Wohlfahrtspflege detaillierte Kostenkalkulationen und Beispielrechnungen für die OGS vorgelegt. Danach beträgt das jährliche Defizit einer OGS mit sechs Gruppen (150 Kinder) rund 220000 Euro. Dabei handelt es sich um ein Kernangebot mit 4,5 Stunden täglicher Betreuung.

Der vor 14 Jahren eingeführte Offene Ganztag ist längst schon keine reine Übermittagsbetreuung mehr. Vielmehr stellt er ein ganzheitliches Begleiten junger Menschen in einer Lebensphase dar, in der sie intensiv nach Orientierung suchen.

Die Qualität der Ganztagschulen hängt aktuell maßgeblich von den freiwilligen Leistungen der Kommunen ab, kritisiert Hensel. Große regionale Ungleichheiten mit Blick auf die Finanzierung, Standards und Strukturen seien die Folge. Das Land NRW müsse eine angemessene Finanzierungsgrundlage für Ganztagschulen gewährleisten, damit Bildungsqualität und Chancen landesweit vergleichbar seien.



Offene Ganztagschulen bieten ein umfassendes und ganzheitliches Bildungs-, Erziehungs-, Betreuungs- und Förderangebot.

Foto: Zelck

„Die schlechte Finanzierung der OGS baut kräftig am deutschen Armutszeugnis mit, wonach der Bildungserfolg der Kinder an ihre soziale Herkunft gekoppelt ist“, betonte Hensel. ◀

🏠 [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

#### Caritas in NRW AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25  
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

**Herausgeber:** Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn,  
**Chefredakteur:** Markus Lahrman (V.i.S.d.P.)

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey,  
Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de  
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Gestaltungskonzept:** skdesign, Köln

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:**

Bonifatius GmbH, Karl Wegener  
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,  
Tel.: 05251/153-220, Fax: 05251/153-104  
karl.wegener@bonifatius.de  
ISSN 1611-3527

ClimatePartner  
klimaneutral

Zertifikatsnummer:  
53323-1601-1005  
www.climatepartner.com

## Soziale Gerechtigkeit ist kein Zufall

Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Danach fragte die Bertelsmann-Stiftung vor einiger Zeit in einer Studie. Im Ergebnis steht da ein niedriges Armutsrisiko ganz vorn neben dem Wunsch nach einem hohen Bruttoinlandsprodukt und einem urbanen Lebensumfeld mit einer guten Altersverteilung in der Bevölkerung. In Regionen, in denen diese Kriterien erfüllt sind, ist der Gemeinsinn am höchsten.

Dabei ist es nicht der „Wohlstand für alle“, der den Zusammenhalt sichert, weil es so vielen Menschen gut geht. Wichtig ist vor allem das Vertrauen darauf, dass es im Wesentlichen sozial gerecht zugeht. Wo die Zustände Karrieren und persönliche Lebensentwürfe zerstören, da helfen allgemeine Wohlstandsphilosophien nicht weiter; die betroffenen Menschen fühlen sich abgehängt, sie empfinden ihre Situation als ungerecht und verlieren ihre Hoffnungen in das politische System.

Das Vertrauen in eine verlässliche soziale Gerechtigkeit hat eine hohe subjektive Komponente. Es geht also um eine persönlich wahrgenommene Gerechtigkeit, die deutlich mehr als das ökonomische Auskommen betrifft. Genau das macht dieses Feld so anfällig für Populisten und Vereinfacher mit ihren plum-

pen Behauptungen. Genau wie Armut ist auch soziale Gerechtigkeit kein Zufall, der den einen trifft und den anderen vielleicht nicht. Beides hat viel mit mangelnder politischer Entschiedenheit und falscher Prioritätensetzung zu tun - und ist damit politisch veränderbar.

Armut ist heilbar, soziale Gerechtigkeit durchsetzbar - das ist die Botschaft der Wahlprüfsteine der Wohlfahrtsverbände in NRW. Dahinter steht ein Instrumentenkasten aus Positionen und Forderungen, deren Einlösung zu einer sozial gerechteren Politik beiträgt. Die politischen Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten müssen sich zu diesen Forderungen positionieren. Daran wird zu messen sein, wie ernst sie es meinen mit dem sozialen Zusammenhalt in unserem Bundesland der Vielfalt.

Diese Vielfalt kennzeichnet uns längst und steht dem gesellschaftlichen Zusammenhalt keineswegs im Weg, im Gegenteil: Sie fördert ihn sogar - auch das steht in der Bertelsmann-Studie. In den Bundesländern mit den höchsten Ausländeranteilen halten die Bürger am engsten zusammen und setzen sich füreinander ein. Diese Erkenntnis widerspricht den einschlägigen populistischen Parolen. ◀

DR. FRANK JOH. HENSEL  
CARITASDIREKTOR ERZBISTUM KÖLN

✉ [presse@caritasnet.de](mailto:presse@caritasnet.de)

### ZUSAMMEN SIND WIR NRW

## Köln: Kampagne zur Wahl

„Zusammenhalten für NRW“ – so lautet der programmatische Titel einer Kampagne der Caritas im Erzbistum Köln im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 14. Mai.

Transportiert wird diese Botschaft über Plakate, vor allem aber über eine Bierdeckel-Serie. Insgesamt acht verschiedene Bierdeckel-Motive zeigen jeweils ein Viertel eines Gesichts; sie lassen sich zu viert zusammensetzen und ergeben dann ein Gesamtbild mit Botschaft. Insgesamt werden 10000 Bierdeckel produziert, die über die Orts- und Fachverbände im Erzbistum Köln verteilt werden. Auf der Rückseite der Bierdeckel werden die Betrachter aufgefordert, selbst Fotos zu machen und auf einer Webseite hochzuladen.

Die Caritas im Erzbistum Köln setzt damit ein Signal für eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Alle Menschen sollen Lebensperspektiven entwickeln können und Teilhabechancen haben. Dazu gehört, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den sozialen Frieden in Deutschland und NRW zu fördern. ◀

Es ist eine Mitmach-Kampagne: selbst Fotos machen und hochladen unter:

🏠 [www.zusammen-NRW.de](http://www.zusammen-NRW.de)



### ASYLRECHT NICHT AUSHÖHLEN

## Kritik an Abschiebungen nach Afghanistan

Der Flüchtlingsbeauftragte des Erzbistums Paderborn, Domkapitular Dr. Thomas Witt, hält Abschiebungen nach Afghanistan angesichts der gegenwärtigen Sicherheitslage in diesem Land für nicht konform mit dem geltenden Asylrecht in Deutschland. „Laut Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen ist Afghanistan eindeutig kein sicheres Herkunftsland“, betont Dr. Witt, der zugleich Vorsitzender des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn ist. Der UNHCR hatte in seinem jüngsten Lagebericht von einer desaströsen Sicherheitslage gesprochen, die sich im zweiten Halbjahr 2016 verschlechtert habe. Selbst das Auswärtige Amt rate seit Ende 2016 dringend von Reisen nach Afghanistan ab.

„Niemand darf nach deutschem Asylrecht in eine Krisenregion zurückgeschickt werden, in der lebensbedrohliche Situationen entstehen können oder Menschenrechtsverletzungen drohen“, sagt Witt. Diese Rechtslage dürfe nicht schöngeredet oder ausgehöhlt werden. ◀

✉ [vorsitzender@caritas-paderborn.de](mailto:vorsitzender@caritas-paderborn.de)

# Soziale Ungleichheit kann zu Populismus führen

*Die katholische Kirche sieht eine starke Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland. Diese könne zu zunehmenden sozialen Spannungen und zu wachsendem Populismus führen und den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden, warnte Sozialbischof Franz-Josef Overbeck in Bergisch Gladbach.*

Die Mittelschicht, die über Jahrzehnte hinweg „Garant eines gesellschaftlichen Zusammenhalts“ gewesen sei, drohe nach unten abzusinken. Overbeck beklagte bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz ein wachsendes „Auseinanderklaffen von Arm und Reich“. 40 Prozent des gesamten Vermögens liege in den Händen von nur 10 Prozent der Bevölkerung. Zugleich schrumpfe die Mittelschicht, die ihre Chancen und die ihrer Kinder gefährdet sehe, so der Vorsitzende der Sozialkommission der Bischofskonferenz. „Soziale Ungleichheit kann Wohlstand, Demokratie und den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens gefährden“, betonte der Bischof. Dieser Zusammenhalt schwinde, wenn der Eindruck vorherrsche, der Aufschwung komme nur bei den Reichen an und es gehe nicht gerecht zu.

Zugleich wandte sich Overbeck gegen eine „Neiddebatte“. In Deutschland sorgten hart arbeitende Menschen in der gesellschaftlichen Mitte für einen breiten Wohlstand und hohen Lebensstandard. Das gelte es wertzuschätzen, ohne dabei jene aus dem Blick zu verlieren, die nicht ausreichend Anteil am Wohlstand hätten.


## Abstiegsängste der Mittelschicht

Die Mitte der Gesellschaft dürfe jedoch nicht den Eindruck haben, dass der von ihr steuerfinanzierte Sozialstaat seiner Aufgabe nicht gerecht werde. Neben den vermeintlich oder tatsächlich zu kurz gekommenen gäben auch Menschen in gefestigten beruflichen und sozialen Verhältnissen ihrem Unmut dadurch Ausdruck, dass sie etwa Pegida und AfD unterstützten: „Wer den Populisten das Wasser abgraben will, sollte das Thema soziale Ungleichheit ernst nehmen“, sagte Overbeck.

Ähnlich äußerte sich der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Peter Neher. Abstiegsängste der Mittelschicht könnten

dazu führen, dass sich die Mitte „nach unten“ abschotte und die Bereitschaft zur Solidarität mit Schwächeren sinke. Armut und Ausgrenzung könnten begünstigende Faktoren für populistische Tendenzen und diffuse Ängste sein, die oft auch an Flüchtlingen abgearbeitet würden.

Die ungleiche Verteilung der Vermögen erkläre sich auch durch große Erbschaften und die Spreizung der Bruttoeinkommen, so Neher. Er verlangte eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, einen höheren Steuertarif für Zinseinkünfte und eine wirksame Besteuerung großer Erbschaften.


Der Mainzer Sozialethiker Gerhard Kruijff führte aus, viele Menschen fühlten sich benachteiligt. Ihre Empörung führe sie dazu, sich dazu legitimiert zu sehen, nur noch an sich selbst zu denken. „So erodiert Solidarität“, warnte Kruijff. 

KNA

# Caritas beklagt Anfeindungen gegen Mitarbeiter

Der Deutsche Caritasverband beklagt zahlreiche Anfeindungen gegen Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe. Betroffen seien hauptberufliche und ehrenamtlich tätige Kollegen, sagte Präsident Peter Neher in Bergisch Gladbach. Vereinzelt seien Veranstaltungen für Freiwillige in der Flüchtlingshilfe aufgrund von Beschimpfungen und Hetze abgesagt worden, führte der Präsident aus. Zudem habe es Steinwürfe und Schmiereien gegen Migrationsberatungsstellen gegeben.

Dennoch müssten Kirche und Caritas weiterhin Flagge zeigen, so Neher – etwa indem sie „an der Seite der Schwachen stehen und ‚Nein‘ sagen, wenn Menschen bedroht, diffamiert und ausgegrenzt werden“. Sie widersetzten sich dem „Gift der einfachen Lösung“, mit dem Populisten Lösungen anböten.

Der Fall einer im Februar in Ahaus erstochenen 22-jährigen Flüchtlingshelferin ist laut Neher ein „völlig untypischer Einzelfall“ und nicht charakteristisch für die Anfeindungen. Hier habe es sich nach seinen Informationen um eine Beziehungsgeschichte gehandelt. Tatverdächtig ist ein 27-jähriger Asylbewerber aus Nigeria. 

KNA



„DAS HOHE ENGAGEMENT vieler Menschen, gerade auch in den Kirchengemeinden, in deren Umfeld sowie in den Caritasverbänden, war und ist nach wie vor beeindruckend. Die Kirche und ihre Caritas werden als gesellschaftliche Kraft wahrgenommen, die sich tatkräftig für die Flüchtlinge engagiert und sich gleichzeitig für faire und menschenwürdige Verfahren politisch einsetzt.“, so Caritaspräsident Peter Neher

Foto: Nicole Cronauge | Bistum Essen

### AfD für Christen wählbar?

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Peter Neher, warnte davor, potenzielle Wähler der AfD pauschal „mit dem Stigma des Nicht-Christlichen zu versehen“. Zugleich müssten Kirche und Caritas immer an der Seite der Schwachen stehen und sich dem „Gift der einfachen Lösung“ der Populisten widersetzen. Ⓜ

KNA

### Hilfe bei Energieschulden

Immer mehr Menschen wenden sich an die Caritas in Altena-Lüdenscheid, weil sie ihre Strom- und Heizungsrechnungen nicht mehr bezahlen können. Die Caritas wirbt mit der Aktion „Spenden Sie Wärme und Licht“ um Unterstützung. Der Kreis der Hilfesuchenden erstreckte sich nicht nur auf Hartz-IV-Empfänger, sondern auch auf Familien und ältere Menschen, teilte der Verband mit.



Nach einer Bedürftigkeitsprüfung übernehme die Caritas einen Teil der Nachzahlung, sagte der Caritasvorsitzende Hans-Werner Wolff. Das ermögliche die Grundlage für eine Ratenvereinbarung mit dem Energieversorger. Mit der Spendenaktion in den Gemeinden konnten in den vergangenen acht Jahren rund 86000 Euro eingenommen werden. 410 Einzelpersonen oder Familien wurden mit Beträgen zwischen 40 und 600 Euro unterstützt. Mehr als 19000 Euro wurden als Darlehen gewährt und zwischenzeitlich zurückgezahlt. Ⓜ

### Brillen für Arme gefordert

Die Vinzenz-Konferenzen und die Initiative youngcaritas im Erzbistum Paderborn fordern weiterhin die Finanzierung von Brillen für bedürftige Menschen unabhängig von deren Sehleistung. Kürzlich hatte der Bundestag die Krankenkassen dazu verpflichtet, Brillen ab einer Glasstärke von sechs Dioptrien bzw. bei einer Hornhautverkrümmung ab vier Dioptrien zu zahlen.

„Trotz dieser Verbesserung bleibt ein großer Teil des Problems bestehen“, betont Linda Kaiser, youngcaritas-Referentin im Erzbistum Paderborn. „Armutgefährdete Menschen, die unterhalb dieser Dioptrien-Werten liegen, müssen ihre Brille immer noch selbst finanzieren, ob sie können oder nicht.“ Auch fehle eine systematische Erfassung der Zahl der Betroffenen, hieß es. Ⓜ

🏠 [www.openpetition.de!/durchblick](http://www.openpetition.de!/durchblick)

## PETITION FÜR DIE GENERALISTIK

# Caritas wirbt erneut für Reform der Pflegeausbildung

Die Caritas in NRW fordert, die ins Stocken geratene Reform der Pflegeausbildung endlich umzusetzen. Sie unterstützt eine Petition auf [www.change.org](http://www.change.org), die an die politischen Entscheidungsträger appelliert, die Reform jetzt zu beschließen.

Die Petition unter der Überschrift „Eine Pflege - Kampagne“ ist an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) adressiert, der die Pflegereform auf den Weg gebracht hatte, die jetzt von Teilen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag blockiert wird.

Durch die gemeinsame Pflegeausbildung könnten Pflegende die an sie gestellten Anforderungen in Zukunft besser erfüllen, ist die Caritas in NRW überzeugt. Sie hält die Reform für dringend notwendig, damit der Beruf an Attraktivität gewinnt. Diese Einschätzung teilen die Pflegeschulen, die heute schon Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpfleger unter einem Dach ausbilden, wie in der gerade veröffentlichten Landesberichterstattung für Gesundheitsberufe NRW belegt wird.

In vielen Modellprojekten wurde seit mehr als zehn Jahren nachgewiesen, dass

die gemeinsame Ausbildung bei der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege möglich ist und die Absolvent(innen) in der Lage sind, fachlich kompetent zu handeln.

### Pflegeberuf attraktiver machen

Die Caritas hält es für außerordentlich wichtig, den Pflegeberuf aufzuwerten und attraktiver zu machen. Durch die geplante Reform der Ausbildung könnten Pflegefachkräfte zukünftig leichter zwischen den Arbeitsfeldern Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege wechseln. Auch stünde dann allen gleichermaßen der Zugang zu pflegerischen Fachweiterbildungen offen. Das ist für junge Menschen besonders interessant.

Die Caritas in NRW ruft dazu auf, die Petition zu unterstützen. Ⓜ

🏠 <http://bit.ly/2mdiLCS>

## PETITION GEGEN KINDERARMUT

# Mehr Entschlossenheit gefordert

Mehr politische Entschlossenheit im Kampf gegen Kinderarmut hat der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln gefordert. Die Caritas unterstützt den Aufruf eines breiten Bündnisses aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden zur Unterzeichnung der Petition „Keine Ausreden mehr! Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen! #stopkinderarmut.“

Rund drei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. „Die Hartz-IV-Sätze für Kinder sind zu gering. Sie basieren auf ungenauen Berechnungen und willkürlichen Abschlägen“, kritisierte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel. Er forderte, arme Familien mindestens in gleicher Weise zu fördern, wie Familien mit höheren Einkommen entlastet werden. Wer Kinderarmut bekämpfen wolle, müsse vor allem Alleinerziehende unterstützen. „Nötig sind flexiblere Betreuungsangebote. Damit helfen wir Alleinerziehenden, dauerhaft einen Weg heraus aus Armut und zurück in unsere Gesellschaft zu finden“, so Hensel. Ⓜ

🏠 <http://bit.ly/2g4SViG>

# Über die Wupper gehen?

Hört man auf Populisten, dann steht dieses Land kurz vor dem Abgrund, ist kurz davor, „über die Wupper zu gehen“. Das Wortspiel mit dieser Redewendung nutzt die Caritas zur Einladung für eine Wahl-Veranstaltung zur Landtagswahl.


Die Redewendung „Über die Wupper gehen“ wird als heimische Analogie zu „über den Jordan gehen“ (= sterben) gedeutet. Das mag damit zu tun haben, dass im 19. Jahrhundert auf einer Insel in der Wupper, die die Städte Elberfeld und Barmen

trennte, ein Gericht stand; am Ufer stand ein Gefängnis mit Hinrichtungsplatz. Wer zu einer Gefängnisstrafe oder gar zum Tode verurteilt wurde, „ging über die Wupper“. Auch der wirtschaftliche Bankrott wurde auf der „Gerichtinsel“ verhandelt.



Eine andere Herleitung hat mit Fahnenflucht zu tun: Lange war die Wupper Grenzfluss zwischen dem Herzogtum Berg und der Grafschaft Mark, die an Preußen gefallen war. Der preußische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. schickte seine Zwangsrekrutierer auch in diese Provinz. Um dem Zwangsdienst im preußischen Heer zu entkommen, gingen die jungen Männer ins nahe Exil, sie „gingen über die Wupper“. Diese Abwanderung hatte übrigens bemerkenswerte Folgen beiderseits des Flusses. Während im bergischen Barmen durch den Zuwachs an leistungsfähigen Arbeitskräften die Industrie spürbar prosperierte, folgte im märkischen Schwelm ein wirtschaftlicher Niedergang. Die Analogie zur aktuellen Flüchtlingssituation ist unübersehbar.

Im Wahljahr 2017 tritt die Caritas in NRW ein für Solidarität und Mitmenschlichkeit. Die Caritas will Brücken bauen für ein starkes und lebensfreundliches Land. Die Caritas tritt für ein soziales NRW ein!

Bei einer „politischen Kaffeetafel“ diskutieren Caritas-Vertreter am 2. April mit Landespolitikern und Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag. 

 [www.caritas-nrw.de/Veranstaltungen](http://www.caritas-nrw.de/Veranstaltungen)